

5. Empfehlungen zur Erhöhung der Vertretung der Menschen mit Migrationshintergrund in der Schweizer Politik

Migrant/innen sind ständig präsent in den Schweizer Medien und in der Politik – aber leider hauptsächlich als eine vermeintliche Bedrohung. Ihre Stimmen fehlen in den politischen Debatten und im Vergleich zu den Nachbarländern und im Verhältnis zu ihrem Anteil in der Schweizer Gesamtbevölkerung werden wenige Menschen mit Migrationshintergrund in kommunale, kantonale und nationale Räte gewählt.ⁱ Mehr politische Partizipation von und die Gewährung des Wahlrechts für Migrant/innen können sich aber positiv auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auswirken, „[w]enn Integration den Grad der Partizipation von Zuwanderern in den zentralen Institutionen der Aufnahmegesellschaft (u.a. auf dem Arbeitsmarkt, in Schulen sowie religiösen, militärischen oder politischen Einrichtungen) meint.“ⁱⁱ

Des Weiteren ist die adäquate Repräsentation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen - also auch der Bevölkerung mit Migrationshintergrund - in der Politik für eine Demokratie von fundamentaler Bedeutung.ⁱⁱⁱ

Frauen hatten es nicht einfach, in der Schweizer Politik Fuss zu fassen. Erst im Februar 1971 erlangten sie im zweiten Anlauf das Stimm- und Wahlrecht auf nationaler Ebene.^{iv} Die ersten Nationalrätinnen (zehn an der Zahl, eine elfte rutschte nach wenigen Tagen nach) und die erste Ständerätin wurden im Herbst 1971 gewählt. Der Frauenanteil im Nationalrat ist danach zuerst rasch und dann etwas langsamer angestiegen;^v zurzeit sitzen 62 Frauen im National- und 9 im Ständerat (31% bzw. 19,6%),^{vi} was immer noch eine klare Unterrepräsentation ist. Trotzdem kann vom Weg zur Repräsentation und Partizipation der Frauen in der Schweizer Politik für das aktuelle Thema einiges gelernt werden.

In der Schweiz muss in Sachen politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund noch Vieles gemacht werden. Die Tagung „Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund: Ist die Schweizer Politik bereit?“ will die Diskussion zum Thema vertiefen und konkrete Forderungen und Ansätze zur Verbesserung der Situation sollen vorgeschlagen und debattiert werden.

Im Folgenden werden Empfehlungen für Massnahmen an verschiedene Akteure vorgeschlagen, welche zu einer nachhaltigen Förderung der verhältnismässigen Repräsentation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beitragen. „Gewählte Stimme“ begrüsst Rückmeldungen dazu, wird sie aktualisieren und im Zusammenhang mit den Wahlen auswerten.^{vii}

Die Empfehlungen im Überblick:

A. Öffnung der Parteien als „Gatekeeper“ zur politischen Partizipation

→ *Empfehlung 1: Jede Partei setzt Ziele und Aktionspläne, um chancenreiche Nominierungen von Kandidierenden mit Migrationshintergrund zu fördern.*

→ *Empfehlung 2: Kandidierenden mit Migrationshintergrund werden Listenplätze fair und zunehmend verhältnismässig zugesprochen.*

→ *Empfehlung 3: Parteien rekrutieren und fördern aktiv Parteimitglieder und Kandidierende mit Migrationshintergrund inklusive qualifizierten Quereinsteigenden und passen die Parteistrukturen und –plattform dafür an.*

→ *Empfehlung 4: Parteien arbeiten aktiv mit zivilgesellschaftlichen Strukturen der Migrationsbevölkerung.*

→ *Empfehlung 5: Parteien fördern die Einbürgerung und politische Partizipation (mit oder ohne Stimmrecht) von Menschen mit Migrationshintergrund (aufbauend auf zivilgesellschaftliche Teilnahme) aktiv.*

B. Parteipolitisch neutrales Engagement der Migrations-Organisationen.

→ *Empfehlung 6: Stimmbeteiligung und Kandidaturen durch Information und Motivation aktiv unterstützen.*

C. Potentielle Kandidierende mit Migrationshintergrund brauchen Engagement und Unterstützung

→ *Empfehlung 7: Sich informieren und vernetzen, Mentor/innen suchen.*

→ *Empfehlung 8: Die Teilnahme an lokalen Gremien aktiv angehen.*

→ *Empfehlung 9: Im Voraus eine gemeinsame Kommunikationsstrategie entwickeln.*

→ *Empfehlung 10: Politisches Engagement als Teamarbeit, nicht als Einzelkampf betrachten.*

→ *Empfehlung 11: Öffentliches Auftreten aktiv trainieren.*

D. Öffnung der Wählerschaft und der Medien

→ *Empfehlung 12: Thema Wahlchancen für Menschen mit Migrationshintergrund gesellschaftlich aufgreifen.*

→ *Empfehlung 13: Stimmberechtigte mit und ohne Migrationshintergrund engagieren sich für mehr politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund.*

Herausforderungen und Empfehlungen:

A. Öffnung der Parteien als „Gatekeeper“ zur politischen Partizipation

Parteien haben eine zentrale Rolle im Prozess der Erhöhung der Repräsentation von Migrant/innen in Räten inne, da „in aller Regel [...] der Weg zu einem Mandat in einem [...] [Rat] über die Nominierung durch eine politische Partei“ führt.^{viii} Bisher hat keine der Schweizer Parteien einen dem Verhältnis in der Gesamtbevölkerung entsprechenden Anteil an Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund und nur die „SP MigrantInnen“ erwähnen dieses Anliegen explizit in ihrem Wahlmanifest.

1. Herausforderung: Fehlende chancenreiche Nominierungen von Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Parteien nominieren bisher wenige Kandidat/innen mit Migrationshintergrund auf den lokalen, kantonalen und nationalen Ebenen. Kandidat/innen mit Migrationshintergrund fungieren häufig vor allem als Listenfüller/innen und Stimmenfänger/innen.

→ Empfehlung 1: Jede Partei setzt Ziele und Aktionspläne, um chancenreiche Nominierungen von Kandidierenden mit Migrationshintergrund zu fördern.

Die nationalen Parteien sollen ihre bisherigen Erfahrungen auswerten, das Potential ihrer Partei in diesem Bereich einschätzen und nationale, kantonale und lokale Ziele für die Anzahl ihrer Mitglieder, Kandidierenden und Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund formulieren, diese regelmässig evaluieren und Aktionspläne dazu mit genügend Ressourcen entwickeln. Da erfahrungsgemäss lokal und kantonale nominierende Gremien aber häufig eher an etablierten Kandidierenden ohne Migrationshintergrund festhalten^{ix} und sogar den Zugang derjenigen mit Migrationshintergrund zu chancenreichen Listenplätzen erschweren können, braucht es Motivation und Massnahmen, um die Erreichung der Ziele sicherzustellen. Wo Engagierte mit Migrationshintergrund in Konflikt mit Lokalparteien kommen, braucht es rechtzeitige Schlichtung oder Beratung von der nationalen Ebene.

2. Herausforderung: Alibi-Kandidaturen mit Migrationshintergrund.

Listenfüller/innen können Aufmerksamkeit auf ihre Partei ziehen, sich aber dann als Rohrkrepiierer entlarven, falls die Ernsthaftigkeit der Bemühungen als fragwürdig betrachtet wird. 2015 werden Kandidat/innen wie nie zuvor von den Parteien für die Nationalratswahlen profiliert.^x Aber „[d]ie Kandidaten [und Kandidatinnen] gehen vorwiegend auf hinteren Listenplätzen ins Rennen und haben nur geringe Wahlchancen.“^{xi} Wie Blerim Bunjaku gegenüber 20 Minuten sagt, stellen die Parteien „albanischstämmige Kandidaten als Stimmenlieferanten auf, welche neue Wählerpotentiale erschliessen sollen.“^{xii} Dies, so kann argumentiert werden, gilt generell für viele Kandidierende (mit oder ohne Migrationshintergrund) und ist insofern nichts Aussergewöhnliches. Auffallend ist jedoch die bereits erwähnte, hohe mediale Aufmerksamkeit gegenüber Kandidierenden mit Migrationshintergrund trotz geringer Wahlchancen.

→ Empfehlung 2: Kandidierenden mit Migrationshintergrund werden Listenplätze fair und zunehmend verhältnismässig zugesprochen.

Die Parteien sollen die Listen so bilden, dass Kandidierende mit Migrationshintergrund Listenplätze mit sowohl hohen wie auch tiefen Wahlchancen bekommen.

3. Herausforderung: Fehlende Parteimitglieder mit Migrationshintergrund.

Die Parteien brauchen wählbare Menschen mit Migrationshintergrund, die die grosse ehrenamtliche politische Arbeit für sich annehmen und sich engagieren. Insofern die so genannte „Ochsentour“ eine Vorbedingung für fast alle aussichtsreichen Kandidaturen darstellt, wird die Partizipation von qualifizierten Quereinsteigenden mit Migrationshintergrund erschwert. Oftmals sind langjährige Parteikarrieren der Kandidierenden erwünscht - dies ist bei Migrant/innen schwierig, da sie oft noch nicht so lange in der Schweiz sind oder zumindest noch nicht lange politische Rechte in der Schweiz besitzen.

→ Empfehlung 3: Parteien rekrutieren und fördern aktiv Parteimitglieder und Kandidierende mit Migrationshintergrund inklusive qualifizierten Quereinsteigenden und passen die Parteistrukturen und -plattform an.

Die Parteien sollen erkennen, dass viele Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund durch aktives Anwerben von erfahrenen Parteimitgliedern zu ihren Positionen gekommen sind.^{xiii} Sie entwickeln sich dank Schulungen (bei Bedarf auch sprachlich), bedeutungsvollen Positionen in Leitungsgremien, auf Wahllisten und bei öffentlichen Auftritten sowie dank aktiver Unterstützung.

(Fast) alle grossen Schweizer Parteien kennen Interessengruppen oder eigene Sektionen für Junge, Frauen und/oder Senior/innen, jedoch wenige bieten eigene Strukturen für Parteimitglieder mit Migrationshintergrund an. Solche Gremien rekrutieren gezielt, bieten geeignete Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, Vernetzung und Mentoring für zukünftige Kandidierende. Alle Parteien sollen geeignete robuste Strukturen zur Förderung von Parteimitgliedern mit Migrationshintergrund schaffen - mit dem Ziel, den hiesigen Personen mit Migrationshintergrund „innerhalb und ausserhalb der Partei zu einer besseren Partizipation und politischen Repräsentation zu verhelfen.“^{xiv} (Die Mitgliedschaft in dieser Gruppe sollte nur aufgrund eigenen Interessens geschehen, da nicht alle Parteimitglieder mit Migrationshintergrund sich so identifizieren möchten.)

Parteimitglieder mit Migrationshintergrund sollen bei der Entwicklung der Parteiplattform zu allen Themen und insbesondere zu Migrationsthemen mitreden – eine Partei muss die Interessen der Zielgruppe ansprechen, um qualifizierte Menschen zum Engagement zu motivieren. Forderungen und Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sollen ernst genommen werden, sie sollen gleichberechtigt behandelt werden und nicht nur vor den Wahlen in die Partei integriert und gefördert werden.^{xv}

Quereinsteige ohne langjährige Parteikarriere sollen auch für Kandidierende mit Migrationshintergrund gezielt ermöglicht bzw. erleichtert werden. Es braucht viele Ressourcen (Zeit bzw. Geld), um sich jahrelange ehrenamtlich zu engagieren. Manchmal wird das von Arbeitgebenden oder Verbänden finanziert. Unter den Menschen mit Migrationshintergrund fehlen oft solche Ressourcen – Quereinsteige bieten eine konstruktive Alternative, wenn sich die Parteien dafür öffnen.^{xvi}

4. Herausforderung: Fehlende Zusammenarbeit mit Migrationsgemeinschaften.

Die Parteien arbeiten eng mit gewissen Interessengruppen (Verbänden, Gewerkschaften u.ä.) zusammen, aber weniger mit Migrationsstrukturen. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund organisiert sich bisher eher zivilgesellschaftlich oder religiös, weniger parteipolitisch. Die Parteien, die diese Zielgruppen ansprechen können, werden profitieren.

→ Empfehlung 4: Parteien arbeiten aktiv mit zivilgesellschaftlichen Strukturen der Migrationsbevölkerung.

Die Zusammenarbeit zwischen Parteien und Diasporavereinen, Migrations-Organisationen und ausländischen Schwesterparteien soll aktiv gefördert werden, indem geeignete Strukturen und Kooperationen aufgebaut werden. Die Parteien sollten Migrant/innen, auch ohne Stimmrecht, darin unterstützen, sich in ihrer Gemeinde zu engagieren, indem sie abklären, in welche Kommissionen (Jugend, Quartier, Kultur, ...) Personen ohne Schweizer Pass wählbar sind und in welchen sie beratend mitwirken können. Positive Beispiele und Erfahrungen in diesem Bereich sollen aktiv kommuniziert werden. Durch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen und Organisationen entstehen auch Kanäle, um geeignete Kandidat/innen zu finden.

5. Herausforderung: Menschen ohne Stimmrecht und Migrations-Organisationen engagieren sich politisch wenig.

Politische Partizipation ist meistens an das Stimmrecht gebunden. Viele Migrant/innen fühlen sich nicht durch die (Schweizer) Politik und die Parteien angesprochen bzw. dürfen sich nicht beteiligen. Auf nationaler Ebene, aber auch in den meisten Schweizer Gemeinden und Kantonen hängt die (volle) politische Partizipation vom Bürgerrecht ab. Viele langjährige Bewohner/innen könnten sich einbürgern lassen, machen dies aber nicht.^{xvii} Dazu werden bestehende Partizipationsmöglichkeiten für nicht eingebürgerte Migrant/innen (z.B. Ausländerbeirat) zu wenig genutzt. Stimmberechtigte mit Migrationshintergrund nehmen aber

auch unterdurchschnittlich an Wahlen und Abstimmungen teil.^{xviii}

Migrations-Organisationen sowie Diaspora- und Kulturvereine engagieren sich häufig bereits stark zivilgesellschaftlich, was überaus wichtig und wünschenswert ist. Viele scheuen sich jedoch vor politischem Engagement.

→ Empfehlung 5: Parteien fördern die Einbürgerung und politische Partizipation (mit oder ohne Stimmrecht) von Menschen mit Migrationshintergrund (aufbauend auf zivilgesellschaftliche Teilnahme) aktiv.

Allfällige Hürden für die Partizipation bei Parteien auf allen Ebenen sollen abgebaut werden, alle sollen ihren Fähigkeiten entsprechende und relevante Positionen besetzen können. Eine Ausweitung des Ausländerstimmrechts sowie die Förderung der erleichterten Einbürgerung würden die politische Partizipation weiter unterstützen.^{xix}

Schweizer Parteien, aber auch Migrations-Organisationen, Diaspora- und Kulturvereine sowie Gewerkschaften und religiöse Institutionen sollen ihre Mitglieder, falls daran interessiert, ermutigen, sich einbürgern zu lassen und sie bei Bedarf bei diesem Prozess unterstützen. Das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaften in der Schweiz sollte ihnen bewusst gemacht.

Auch die aktive Teilnahme von nicht Stimmberechtigten an (lokal)politischen Anlässen soll aktiv gefördert werden, um das Interesse an politischer Partizipation zu stärken. Des Weiteren sollen Parteien - aber auch Migrations-Organisationen, Diaspora- und Kulturvereine sowie Gewerkschaften und religiöse Institutionen - Aktionen und Bildungsmassnahmen zur Förderung politischer Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund anbieten und Informationen zu politischer Partizipation zur Verfügung stellen. Die Kandidatur für Kommissionen, in welche Personen ohne Stimmberechtigung wählbar sind und wo sie beratend mitgestalten können, soll ermutigt werden. Positive Beispiele und Erfahrungen von politisch aktiven Migrant/innen sollen bekannt gemacht werden. Die Organisationen sollen mögliche Kandidat/innen animieren, politisch aktiv zu werden und Mentoring und Schulungen für diese anbieten resp. vermitteln.

Allfällige Hindernisse zur (partei)politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund sollen identifiziert und konkret abgebaut werden. Beispielsweise denken viele, dass sich Vereine oder religiöse Gemeinschaften von der Politik fernhalten müssen, jedoch dürfen sie parteipolitisch neutral die Integration fördern, indem Mitglieder informiert und ermutigt werden, abzustimmen bzw. sich einbürgern zu lassen.

B. Parteipolitisch neutrales Engagement der Migrations-Organisationen.

Migrations-Organisationen, Diaspora- und Kulturvereine können die politische Partizipation ihrer Gemeinschaften parteiunabhängig fördern und eine wichtige Brücke zwischen den Parteien sowie Menschen mit Migrationshintergrund bilden. Sie sind daher ein zentrales Glied, um die Repräsentation und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Schweizer Politik zu fördern. Diese Organisationen sind vielfältig: die ethnisch organisierten Vereine (z.B. die Mitglieder des Forums für die Integration der Migrantinnen und Migranten FIMM), die Religionsgemeinschaften, die Gewerkschaften, politisch engagierte Organisationen wie die „Stimme der gewählten MigrantInnen für alle“ (kurz „Gewählte Stimme“), SP MigrantInnen, die mit der CVP liierte CDK und die SVP-nahe Vereinigung „Neue Heimat“: Sie alle setzen sich für die Integration von Migrant/innen auch in Bezug auf ihre politischen Rechte ein.

6. Herausforderung: Tiefe Stimmbeteiligung von Stimmberechtigten mit Migrationshintergrund.

Gespräche zeigen, dass manche Stimmberechtigte mit Migrationshintergrund die

Wahlprozedere nicht kennen oder an Wahlen und Abstimmungen wenig interessiert sind. (Das scheint kaum statistisch erforscht zu sein. Eine Studie zur Wahlbeteiligung in der Stadt Zürich zeigt, dass die Stimmbeteiligung von Eingebürgerten (bei Erstwählenden) unter dem Durchschnitt liegt.^{xx} Die Studie von Strijbis (2014) zeigt einen Unterschied in der Wahlbeteiligung im Jahr 2011 von rund 12% zwischen Bürger/innen mit und solchen ohne Migrationshintergrund.^{xxi})

→ Empfehlung 6: Stimmbeteiligung und Kandidaturen durch Information und Motivation aktiv unterstützen.

Migrations-Organisationen, Diaspora- und Kulturvereine, aber auch Parteien, Gewerkschaften, integrative Vereine und religiöse Institutionen sollen ihre Mitglieder dazu animieren, Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen, sie motivieren, das Stimmrecht auszuüben und nach Bedarf insbesondere vor den Wahlen über das politische System informieren. (Die politischen Systeme in den Herkunftsländern unterscheiden sich in verschiedenem Ausmass vom System in der Schweiz. Dieses ist aufgrund der stark föderalistischen Strukturen, der stark gewichteten direktdemokratischen Elemente und des Listensystems nicht ohne weiteres verständlich.)

Mentoring-Projekte können hier eine Hilfestellung bieten. Der Christliche Friedensdienst cfd hat zwei solche Projekte für Frauen mit Migratonshintergrund durchgeführt: „Teilnehmen-Teilhaben: Politisches Mentoring mit Migrantinnen“^{xxii} und das Nachfolgeprojekt „Mitgestalten festgehalten.“^{xxiii}

Auch die deutsche Organisation „Freiburger Wahlkreis 100%“ setzt sich für die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ein, nach dem Motto: „Wer in Freiburg lebt, soll auch wählen dürfen! Integration heisst Gleichberechtigung.“^{xxiv} Die Organisation führt verschiedene Aktionen zum Thema durch, wie z.B. symbolische Wahlpartizipation von Nicht-Wahlberechtigten.

Siehe auch Empfehlung 5.

C. Potentielle Kandidierende mit Migrationshintergrund brauchen Engagement und Unterstützung.

Potentielle Kandidat/innen mit Migrationshintergrund spielen eine Schlüsselrolle für die Erhöhung der Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Schweizer Politik. Ohne Kandidat/innen gibt es keine Möglichkeit, Migrant/innen zu wählen und deren Repräsentation in der Politik zu erhöhen. Bei den nationalen Wahlen 2015 gibt es mehr Kandidierende mit Migrationshintergrund als je zuvor. Potentielle Kandidat/innen mit Migrationshintergrund sind aber mit Herausforderungen (wie unten beschrieben) konfrontiert, die Kandidat/innen ohne Migrationshintergrund nicht oder nur vereinzelt kennen.^{xxv}

7. Herausforderung: Potentielle Kandidierende mit Migrationshintergrund brauchen Kenntnisse über das politische System und Vernetzung.

Praktische Politik erlernt man durch den Kontakt mit Erfahrenen. Eine Studie zeigt auf, dass „das Gefühl, dass Migrant/innen in manche einflussreiche Netzwerke nicht ‚hinein‘ passen“ verbreitet ist und durch die ebenfalls dort formulierte Einschätzung „[z]um Teil mag der Zugang zu einflussreichen Netzwerken verwehrt werden“^{xxvi} noch verstärkt wird.

→ Empfehlung 7: Sich informieren und vernetzen, Mentor/innen suchen.

Es braucht die Aktivierung von bestehenden Netzwerken sowie gezielte Kontaktaufnahmen mit Parteien, Migrations-Organisationen und erfahrenen Akteur/innen, um sich zu informieren, Unterstützung zu suchen und Mentoring zu bekommen. Dies alles kann mit und

ohne Stimmrecht gemacht werden. Interessierte sollen ihr Profil entwickeln, um eine spätere Kandidatur zu fördern und um ernst genommen zu werden. Wichtig ist es herauszufinden, welche Partei(en) zur eigenen Haltung passt/passen und Chancen für die Partizipation anbieten.

8. Herausforderung: Menschen mit Migrationshintergrund sind in lokalen Gremien untervertreten.

Ohne Erfahrung in lokalen Gremien, die gute Möglichkeiten zur Vernetzung, zum Sammeln von Erfahrungen und zur informellen Weiterbildung für die Politik bieten, ist der Einstieg in die Politik schwer. Da die Ausübung politischer Rechte in den meisten Teilen der Schweiz und auf allen Ebenen fast ausschliesslich an die Staatsbürgerschaft gebunden ist, haben Nicht-Eingebürgerte weniger Möglichkeiten.

→ Empfehlung 8: Die Teilnahme an lokalen Gremien aktiv angehen.

Interessierte Menschen mit Migrationshintergrund sollen sich erkundigen, in welchen Gremien und Kommissionen sie (ev. auch ohne Stimmrecht) aktiv sein können, sich zu Interessengruppen zusammenfinden, sich an Parteien wenden und sich dort für eine möglichst gleichberechtigte Teilnahme einsetzen. (Manche lokale Gremien haben Mühe, genügend Engagierte zu finden.)

9. Herausforderung: Bestimmte Migrationsgruppen sind mit negativen Einstellungen ihnen gegenüber konfrontiert.

Vorurteile erschweren den Einstieg in die Politik. Insbesondere, aber nicht nur, anonym (z.B. Kommentare im Internet zu Artikeln über Menschen mit Migrationshintergrund, Hassbriefe oder die Verbreitung von Gerüchten) werden Menschen mit Migrationshintergrund diffamiert und ihr Weg in die Politik dadurch erschwert.

→ Empfehlung 9: Im Voraus eine gemeinsame Kommunikationsstrategie entwickeln.

Es braucht mutige „Pionier/innen“, die sich mutig einbringen und mit breiter Unterstützung aktiv und offensiv kommunizieren. Einseitige und diskriminierende Berichterstattung soll von verbündeten Individuen und Organisationen verurteilt und gekontert werden.

10. Herausforderung: Fehlende Ressourcen für das ehrenamtliche Engagement

Migrant/innen sind vielfach sozioökonomisch schwächer aufgestellt. Aber: „Zeit und Geld erleichtern die Übernahme eines politischen Mandats.“^{xxvii}

→ Empfehlung 10: Politisches Engagement als Teamarbeit, nicht als Einzelkampf betrachten.

Unterstützung von Familie, Freundeskreis und Organisationen ist fast unerlässlich, um sich politisch engagieren zu können. Viele Betriebe bieten bezahlte Zeit oder flexible Arbeitszeiten, um die Teilnahme an Sitzung zu ermöglichen. Es gibt Menschen, die - wenn angefragt - bereit sind, mit Flugblätterverteilung, Anreden, der Gestaltung einer Website usw. zu helfen.

11. Herausforderung: Ohne gute sprachliche Kenntnisse und Fähigkeiten ist die Politik erschwert.

Für viele Menschen mit Migrationshintergrund stellt die stilsichere Verwendung der Landessprachen (inklusive Dialekt) mündlich und schriftlich eine Herausforderung dar. Diese zu erlernen, braucht Zeit. Dazu kommt, dass in vielen Gemeindeparlamenten Schweizerdeutsch gesprochen wird, was für Menschen mit Migrationshintergrund eine zusätzliche Schwierigkeit sein kann.

→ **Empfehlung 11: Öffentliches Auftreten aktiv trainieren.**

Man muss nicht perfekt reden oder schreiben und soll sich nicht für Fehler schämen. Jedoch ist es in der Politik (mit oder ohne Migrationshintergrund) wichtig, sicher auftreten und reden zu können. Das braucht eine klare Entscheidung und Zeitinvestition. Das Auftreten und Halten von Reden kann aktiv geübt und erlernt werden. Unterstützende können Reden, Leserbriefe u.ä. kontrollieren. Die sprachlichen Anforderungen an Politiker/innen mit Migrationshintergrund sollen aber auch realistisch sein und sich an der Verständlichkeit der Inhalte und nicht daran richten, wie fehler- oder akzentfrei jemand spricht.

Zudem ist anzumerken, dass auch Deutschschweizer/innen oft Mühe damit haben, fehler- oder akzentfrei Standarddeutsch zu sprechen. Wie der Tages-Anzeiger schreibt: „Erleichterung macht sich breit“, nachdem eine Integrationsklasse die Tribüne des Zürcher Gemeinderats verlassen hatte und deshalb im Rat wieder Schweizerdeutsch gesprochen werden konnte. Und weiter „[i]n Umfragen beurteilten Schweizer – darunter auch sehr gut ausgebildete – die eigenen Hochdeutschkompetenzen mehrheitlich als eher bescheiden.“^{xxviii} In diesem Kontext sollte für alle der gleiche Massstab angewendet werden und eine gewisse Wertschätzung vorherrschen für das Engagement.

D. Öffnung der Wählerschaft und der Medien

Auch die Wählerschaft bildet einen zentralen Aspekt im Prozess der Erhöhung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund. Denn letztlich liegt es in ihren Händen, wer gewählt wird. Soll diese für die Forderung nach einer anteilmässigen Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Schweizer Politik gewonnen werden, ist dies nur möglich, wenn sich Staat, Wissenschaft, Wirtschaft, Parteien, Migrations-Organisationen und Medien für dieses Anliegen engagieren: Sie alle können die politische Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie den Abbau von Diskriminierung fördern. Ein fairer Umgang mit und eine ausgewogene Berichterstattung zur Migrations- und Integrationsthematik in der Politik und in den Medien ist dabei zentral.

12. Herausforderung: Die Wahlchancen mit einem „fremd“ klingenden Namen sind reduziert und die Erweiterung des Stimmrechts wird immer wieder abgelehnt.

Studien haben gezeigt, dass bei den kantonalen Wahlen in Genf und Zürich ausländisch klingende Namen (wie z.B. Namen, die auf „-ic“ oder „-gün“ enden) überproportional häufig von den Listen gestrichen wurden.^{xxix}

Auch das Frauenstimmrecht musste von den Männern an der Urne angenommen werden, was lange dauerte. Für die Erweiterung des Stimmrechts (Ausländerstimmrecht bzw. erleichterte Einbürgerung) braucht es die Einsicht der Stimmberechtigten, dass solche Schritte die Demokratie und die Integration fördern.

→ **Empfehlung 12: Thema Wahlchancen für Menschen mit Migrationshintergrund gesellschaftlich aufgreifen.**

Je mehr diese Thematik konstruktiv aufgegriffen wird, desto weniger wirksam werden die Vorurteile. Wählende sollen sich nicht von ungewohnten Namen abschrecken lassen, sondern sich über die Kandidierenden ausreichend informieren. Die Parteien und die Medien

spielen hier eine wichtige Rolle, so dass die Zeit schneller kommt, bis solche Kandidaturen selbstverständlich sind. Mit einer positiven Haltung, aktiver Kommunikation, evtl. mit Humor, können die Betroffenen dazu beitragen, dass sie akzeptiert werden - aber es braucht auch andere verbündete Menschen, die sich aktiv für mehr Vielfalt in der Politik einsetzen.

Die Schweiz ist und bleibt ein Einwanderungsland und die Demokratie wird durch eine breite Beteiligung aller hier Ansässigen gestärkt. Die Wählerschaft muss daher durch Informationen, Medienberichte und zivilgesellschaftliche Bemühungen zu dieser Thematik angesprochen und dafür gewonnen werden, damit sie zunehmend die Forderung nach der Erweiterung des Stimmrechts für ausländische Staatsbürger unterstützt.

13. Herausforderung: Wenig Engagement der Wählerschaft für mehr Vielfalt in der Politik.

→ Empfehlung 13: Stimmberechtigte mit und ohne Migrationshintergrund engagieren sich für mehr politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund.

Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund können sich bei Migrations-Organisationen erkunden, ob und wie sie mitwirken können, um die Repräsentation und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Politik zu fördern. Beispielsweise können sie vor den Wahlen die Abstimmungsprozedur erklären und so aktiv einen Beitrag zur Integration leisten.

Referenzen

cfid – Migrationspolitik: <http://www.cfd-ch.org/d/migration/projekte/Mitgestalten_festgehalten.php>. 4. August 2015.

cfid – Migrationspolitik: <<http://www.cfd-ch.org/d/migration/projekte/polmentoring.php>>. 4. August 2015.

Das Bundesgericht – Das Schweizer Parlament. 40 Jahre Frauenstimmrecht: 1971 sagten zwei von drei Schweizern Ja zum Frauenstimmrecht. <<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/dossiers/frauenstimmrecht40jahre/seiten/mm-sda-2011-02-06.aspx>>. 5. August 2015).

Das Bundesgericht – Das Schweizer Parlament. 40 Jahre Frauenstimmrecht: 1971 sagten zwei von drei Schweizern Ja zum Frauenstimmrecht. <<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/dossiers/frauenstimmrecht40jahre/seiten/mm-sda-2011-02-06.aspx>>. 5. August 2015.

Das Bundesgericht – Das Schweizer Parlament. Frauen im Parlament. <<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/statistiken/seiten/frauen-parlament.aspx>>. 5. August 2015.

Freiburger Wahlkreis 100%: <<http://wahlkreis100.de/sites/home.htm>>. 4. August 2015.

Gasser, Benno 2014: Schweizerdeutsch bürgert sich ein. Tages-Anzeiger (10. Juni 2014). <<http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/Schweizerdeutsch-im-Stadtparlament/story/22797448>>. 27. August 2015.

Groenendijk, Kees 2014: Wahlrecht und politische Partizipation von Migranten in Europa.

Hunziker, Philipp 2011: Kandidierende mit ausländischem Namen verlieren 2.7 mal mehr Listenplätze. Polithink (6. April 2011). <<http://polithink.ch/2011/04/06/kandidierende-mit-auslandischem-namen-verlieren-2-7-mal-mehr-listenplatze/>>. 4. August 2015.

Hunziker, Philipp und Simon Lanz 2014: Wenn der Name zur Fallgrube wird. Neue Zürcher Zeitung (7. Januar 2014). <http://www.nzz.ch/schweiz/wenn-der-name-zur-fallgrube-wird-1.18215848>>. 25. August 2015.

John, Peter/Francesca Gains/Matthew Goodwin/Liz Richardson 2007: Improving the Representativeness of Councillors: Learning from Five High Performing Local Authorities in England, Research Report 4, University of Manchester.

Schneebeli, Daniel und Helene Arnet 2011: “-ic” und “-gün” wurden fleissig gestrichen. Tages-Anzeiger (5. April 2011). <<http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/ic-und-guen-wurden-fleissig-gestrichen/story/29657249>>. 7. September 2015.

Schönwälder, K., Sinanoglu, C., & Volkert, D. 2011. Vielfalt sucht Rat: Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Heinrich-Böll-Stiftung.

Senti, Martin 2006 Italiener gründen CVP-Vereinigung. NZZ (2.9.2006). <<http://www.nzz.ch/articleEFS88-1.57183>>. 4. August 2015.

SP MigrantInnen 2015: Wahlmanifest 2015, 9. Mai, Bern.

SP MigrantInnen <<http://www.sp-ps.ch/de/partei/sozialdemokratische-bewegung/sp-migrantinnen>>. 10. August 2015.

Stadt Zürich Präsidialdepartament 2011: Medienmitteilung. Auswertung Wahlbeteiligung 2011: Nach wie vor grosser Unterschied zwischen Frauen und Männern. 27. Oktober.

<https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/ueber_das_departement/medien/medienmitteilungen/2011/oktober/111027a.html>. 4. August 2015.

Stribis, Oliver 2014. Migration Background and Voting Behavior in Switzerland: A Socio-Psychological Explanation. *Swiss Political Science Review* 20(4), 612 - 631.

Schindler, Felix 2015: „Ein Muslim kann ein besserer Christ sein als ein Katholik“. *Tages-Anzeiger* (30. Juni): 6.

Waldmeier, Daniel 2015: Albanische Secondos wollen ins Bundeshaus. *20 Minuten* (16. Juni). <<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Albanische-Secondos-wollen-ins-Bundeshaus-13001394>>. 4. August 2015.

Wurz, Janine 2013: Wieso nicht alle Schweizer werden wollen. *Swissinfo* (29. April 2013). <<http://www.swissinfo.ch/ger/einbuengerung--nein-danke- wieso-nicht-alle-schweizer-werden-wollen/35625140>>. 25. August 2015.

Weitere Quellen

BDP 2008: Programm BDP Schweiz.

Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer:
<<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20020232/index.html>>. 10. August 2015.

CDK Homepage <<http://www.cvpluzern.ch/vereinigungen/cdk.html>>. 10. August 2015.

CVP 2014: Parteiprogramm.

Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen 2010: Integration als Hinführung zu Chancengleichheit oder als Gradmesser für Sanktionen?
<https://www.ekm.admin.ch/content/dam/data/ekm/dokumentation/empfehlungen/empf_integrationspolitik.pdf>. 10. August 2015.

Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen 2012: Einbürgerung: Vorschläge und Empfehlungen für ein zeitgemässes Bürgerrecht.
<https://www.ekm.admin.ch/dam/data/ekm/dokumentation/empfehlungen/empf_einbuerg.pdf>. 10. August 2015.

FDP Homepage <<http://www.fdp.ch/positionen.html>>. 10. August 2015.

GLP Homepage <<http://www.grunliberale.ch/>>. 10. August 2015.

GPS Homepage <<http://www.gruene.ch/gruene/de.html>>. 10. August 2015.

Grüne Partei der Schweiz 2015: „Zukunft gestalten – grün wählen.“ Wahlplattform 2015.

SP Schweiz 2007: Positionspapier zur Integration.

SP Schweiz 2010/2012: Parteiprogramm. Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie.

SP Schweiz 2011: Resolution der Geschäftsleitung. Menschen aus aller Welt in der Schweiz, SchweizerInnen in aller Welt: Für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen progressiven Parteien und Organisationen aus unterschiedlichen Herkunftsstaaten. 25. Juni, Olten.

SP Schweiz 2012: Für eine umfassende und kohärente Migrationspolitik. Chancen der

Migration nutzen – Risiken wirksam entgegnetreten.

SP Schweiz 2012: Konzeptpapier und Begründungen. Bessere Zusammenarbeit mit linken MigrantInnen-Organisationen – Stärkung der Position von MigrantInnen in der SP – aber wie?

SP-MigrantInnen <<http://www.sp-ps.ch/de/partei/sozialdemokratische-bewegung/sp-migrantinnen>>. 10. August 2015.

SVP: Parteiprogramm 2015 bis 2019.

ⁱ Eine Analyse des Politologen Nenad Stojanovic (Universität Luzern) ergibt, dass nur rund 15 Personen der aktuellen Zusammensetzung des 200-köpfigen Nationalrats einen Familiennamen haben, der vor 1939 kein Schweizer Bürger trug. Auf der Liste findet man italienische Familiennamen, aber auch österreichische (Oskar Freysinger) oder deutsche (Aline Trede). Mit dieser Methode wurden jedoch die Namen von einigen Eingebürgerten, die den Familiennamen des Gatten angenommen haben, etwa Yvette Estermann (Slowakei), nicht erfasst. „Im Ständerat gibt es mit dem eingebürgerten Claude Janiak (Polen) nur eine Person mit Migrationshintergrund – bei 46 Sitzen.“ (Waldmeier 2015: Albanische Secondos wollen ins Bundeshaus. *20 Minuten* (16. Juni).

<<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Albanische-Secondos-wollen-ins-Bundeshaus-13001394>>. 4. August 2015.)

ⁱⁱ Groenendijk 2014: 7.

ⁱⁱⁱ Beispielsweise gibt es viel mehr Bauern im Nationalrat als Menschen mit Migrationshintergrund, obwohl letztere einen mehrfach grösseren Anteil der Bevölkerung ausmachen.

^{iv} 1959 war das gleiche Anliegen noch an einem Nein-Anteil von 66,9% gescheitert, die Waadtländer hiessen jedoch an diesem Abstimmungstag das Stimmrecht für Frauen auf kantonaler Ebene gut. Im September folgten die Neuenburger und 1960 die Genfer, erster Deutschschweizer Kanton, Basel-Stadt, stimmte dem Frauenstimmrecht 1966 zu, Appenzell Innerrhoden erst 1990, „gezwungen durch das Bundesgericht“ (Das Bundesgericht – Das Schweizer Parlament. 40 Jahre Frauenstimmrecht: 1971 sagten zwei von drei Schweizern Ja zum Frauenstimmrecht.

<<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/dossiers/frauenstimmrecht40jahre/seiten/mm-sda-2011-02-06.aspx>>. 5. August 2015).

^v Das Bundesgericht – Das Schweizer Parlament. 40 Jahre Frauenstimmrecht: 1971 sagten zwei von drei Schweizern Ja zum Frauenstimmrecht.

<<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/dossiers/frauenstimmrecht40jahre/seiten/mm-sda-2011-02-06.aspx>>. 5. August 2015.

^{vi} Das Bundesgericht – Das Schweizer Parlament. Frauen im Parlament.

<<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/statistiken/seiten/frauen-parlament.aspx>>. 5. August 2015.

^{vii} Angesprochen sind hier insbesondere Migrant/innen und Menschen mit Migrationshintergrund aus Drittländern und grossen, in der Politik untervertretenen Herkunftsgruppen, sprich Migrierte und direkte Nachkommen von Migrierten aus dem Balkan, der Türkei, Italien, Spanien, Portugal, Sri Lanka und Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern. Dieses Thema stellt herausfordernde Definitionsfragen, die unterschiedlich beantwortet werden. Im Deutschland z.B. wird zwischen Migrant/innen aus Drittländern und Migrant/innen aus der EU unterschieden.

^{viii} Schönwälder et al. 2011: 60.

^{ix} Schönwälder et al 2011: 60-61.

^x Die CVP Schweiz schickt mindestens 11 Kandidat/innen kosovarischer Herkunft ins Rennen, FDP-Kandidat Përparim Avdili und SP-Kandidat Yagbu Ramazan Balkac betätigen Wahlkampf auf Albanisch resp. Türkisch (siehe verschiedene Zeitungsartikel zum Thema).

^{xi} Tages-Anzeiger 2015: „Ein Muslim kann ein besserer Christ sein als ein Katholik“. *Tages-Anzeiger* (30. Juni): 6.

^{xii} Waldmeier 2015: Albanische Secondos wollen ins Bundeshaus. *20 Minuten* (16. Juni).

<<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Albanische-Secondos-wollen-ins-Bundeshaus-13001394>>. 4. August 2015.

^{xiii} Schönwälder et al. 2011: 61.

^{xiv} SP – SP-MigrantInnen: <<http://www.sp-ps.ch/de/partei/sozialdemokratische-bewegung/sp-migrantinnen>>. 30. Juli 2015.

^{xv} Schönwälder et al. 2011: 60.

^{xvi} Eine ETH-Studie zeigt, dass 15-25% (je nach Definition) des Nationalrats Quereinsteiger/innen sind; Quereinsteiger haben es jedoch häufig nicht leicht, „wer an altgedienten Parlamentariern vorbei auf

einen guten Listenplatz gesetzt wird, macht sich nicht beliebt.“ Definition 1 (25% des Nationalrats sind Quereinsteigende): Quereinsteigende haben „ein erstes Amt mit durchschnittlich 45 Jahren eingenommen, waren durchschnittlich 51 Jahre alt, als sie in den Nationalrat gewählt wurden und darum vorher durchschnittlich nur sechs Jahre politisch aktiv.“ Definition 2 (15% des Nationalrats sind Quereinsteigende): Quereinsteigende hatten vor ihrer Wahl in den Nationalrat noch kein politisches Amt inne. (Loser und Kleck 2015: Diese Quereinsteigenden haben es nach Bern geschafft. Tages-Anzeiger (19. Mai). <<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Diese-Quereinsteiger-haben-es-nach-Bern-geschafft/story/22377743>>. 5. August 2015.)

^{xvii} Laut Halua Pinto de Magalhães, Ko-Präsident von Second@s Plus könnten ein Grund dafür die „im Vergleich zu anderen Ländern [...] sehr strenge[n] Einbürgerungsvorschriften [der Schweiz]“ sein. (Wurz, Janine 2013: Wieso nicht alle Schweizer werden wollen. Swissinfo (29. April 2013). <<http://www.swissinfo.ch/ger/einbuergerung--nein-danke- wieso-nicht-alle-schweizer-werden-wollen/35625140>>. 25. August 2015.)

^{xviii} Strijbis (2014) schreibt, dass die Wahlbeteiligung von Bürger/innen mit Migrationshintergrund (laut selbstaussagen) rund 12% niedriger ist als von denjenigen ohne Migrationshintergrund. Dabei ist die Wahlbeteiligung am niedrigsten für in der Schweiz geborene Bürger/innen deren Eltern beide im Ausland geboren wurden. Die erste Generation und in der Schweiz geborene von denen nur ein Elternteil im Ausland geboren wurde ist die Wahlbeteiligung vergleichbar. Strijbis argumentiert, dass letzteres darauf zurückzuführen sein könnte, dass Eingebürgerte speziell motiviert sind, sich (politisch) zu integrieren und/oder häufig mit Schweizer Bürger/innen ohne Migrationshintergrund verheiratet sind (Strijbis 2014: 617).

^{xix} Mit der Anforderung von 12 Jahren ununterbrochener Wohnsitzdauer in der Schweiz (z.T. in der gleichen Gemeinde oder dem gleichen Kanton und nur mit bestimmten Aufenthaltsstatus), hat die Schweiz die europaweit längste Wartezeit für Migrant/innen, die sich einbürgern wollen. Insbesondere für die zweite und dritte Generation soll die Einbürgerung erleichtert werden. Die Einführung vom ius soli Prinzip beim Erlangen der Staatsbürgerschaft ist anzustreben, wobei Kinder von niedergelassenen Migrant/innen automatisch die Schweizer Staatsbürgerschaft erlangen (wie dies in Deutschland seit 2000 praktiziert wird). Das Schwedische Modell wäre auch möglich: jedes Kind erhält automatisch die Staatsbürgerschaft, das mindestens fünf Jahre seines Minderjährigenlebens in der Schweiz verbringt. Danach würden auch staatenlose, in der Schweiz lebende Kinder das Schweizer Bürgerrecht erhalten. Die Aufenthaltsdauer könnte dem EU-Durchschnitt angepasst und schweizweit anerkannt werden (sprich, ein Gemeinde- oder Kantonswechsel soll auch vor der Einbürgerung möglich sein, ohne die Wartezeit zu verlängern). Das Verfahren soll einfach, einheitlich und transparent für alle Gesuchstellenden sein.

Die Einbürgerung ist in der letzten Zeit zugänglicher gemacht worden: Die Gebühren für die Einbürgerung dürfen die administrativen Kosten nicht überschreiten und bei Ablehnung eines Gesuchs muss eine Begründung abgegeben werden. Diese Regelungen sind konsequent einzuhalten.

^{xx} Die Stimmbeteiligung von Eingebürgerten lag bei rund 20%, während sie bei volljährig gewordenen und zugezogenen bei rund 33% und 43% respektive lag (wobei bei allen drei Gruppen gleichermaßen eine höhere Wahlbeteiligung auf nationalem Niveau als auf Gemeindenniveau zu beobachten war (Stadt Zürich Präsidiatdepartement 2011: Medienmitteilung. Auswertung Wahlbeteiligung 2011: Nach wie vor grosser Unterschied zwischen Frauen und Männern. (27. Oktober 2011). <https://www.stadt-zuerich.ch/prd/de/index/ueber_das_departement/medien/medienmitteilungen/2011/oktober/111027a.html>. 4. August 2015).

^{xxi} Die Wahlbeteiligung bei den Wahlen 2011 der Bürger/innen mit Migrationshintergrund lag bei 64% und 76% bei Bürgern ohne Migrationshintergrund. Die Zahlen basieren auf Selbstaussagen, der für die Studie befragten Stichprobe, die Gesamtwahlbeteiligung betrug 48,5%. Der gefundene Unterschied von 12% ist trotz höherer oder höher angegebener Wahlbeteiligung aufschlussreich, da niedrigere Wahlbeteiligung von der ersten Generation auch in Registerdaten zu finden ist (siehe Boughaba 2014) (Strijbis 2014: 617).

^{xxii} cfd – Migrationspolitik: <<http://www.cfd-ch.org/d/migration/projekte/polmentoring.php>>. 4. August 2015.

^{xxiii} cfd – Migrationspolitik: <http://www.cfd-ch.org/d/migration/projekte/Mitgestalten_festgehalten.php>. 4. August 2015.

^{xxiv} Freiburger Wahlkreis 100%: <<http://wahlkreis100.de/sites/home.htm>>. 4. August 2015.

^{xxv} Siehe Schönwälder et al. 2011: 62.

^{xxvi} Schönwälder et al. 2011: 61.

^{xxvii} Schönwälder et al. 2011: 62.

^{xxviii} Gasser, Benno 2014: Schweizerdeutsch bürgert sich ein. Tages-Anzeiger (10. Juni 2014).
<<http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/Schweizerdeutsch-im-Stadtparlament/story/22797448>>.
27. August 2015.

^{xxix} Hunziker, Philipp und Simon Lanz 2014: Wenn der Name zur Fallgrube wird. Neue Zürcher Zeitung (7. Januar 2014). <<http://www.nzz.ch/schweiz/wenn-der-name-zur-fallgrube-wird-1.18215848>>. 25. August 2015. Vgl. auch Hunziker, Philipp 2011: Kandidierende mit ausländischem Namen verlieren 2.7 mal mehr Listenplätze. Polithink (6. April 2011). <<http://polithink.ch/2011/04/06/kandidierende-mit-auslaendischem-namen-verlieren-2-7-mal-mehr-listenplatze/>>. 4. August 2015. Schneebeili, Daniel und Helene Arnet 2011: “-ic” und “-gün” wurden fleissig gestrichen. Tages-Anzeiger (5. April 2011). <<http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/ic-und-guen-wurden-fleissig-gestrichen/story/29657249>>. 7. September 2015.